

ASTA INFO

Studentenschaft der THD

Nr. 33

11.7.79

EINHEIT DER HOCHSCHULANGEHÖRIGEN ZUR VERTEIDIGUNG DER UNABHÄNGIGKEIT DER STUDENTENSCHAFT UND DER AUTONOMIE DER HOCHSCHULE!

Am Mittwoch, den 11.07.1979 wird um 17.00 Uhr im Audi-Max der neugewählte Konvent der THD zusammen treten. Zuvor wird der Wahlvorstand sich treffen, denn es gibt verschiedene Anfechtungen von Studenten an der Briefwahl, weil größte Verstöße gegen die Wahlordnung vorgekommen sind.

Wenn die Bedenken, die die Studentenschaft gegen die Briefwahl vorbrachte berechtigt sind, kann der Konvent erst überhaupt nicht zusammen treten. Da zu befürchten ist, daß der Wahlvorstand sich heute eine derartig weitgreifende Entscheidung zu fällen, die die Wiederholung der Konvent und Fachbereichsratswahl bedeutet, ist es wichtig, daß viele Studenten zur öffentlichen Wahlvorstandssitzung kommen, um der Anfechtung Rückhalt zu geben.

Unabhängig von diesen Fragen hat der AStA einen Antrag an den Konvent gestellt, der die anwesenden Professoren, Assistenten und Nichtwissenschaftlichen Bediensteten aufruft sich hinter die Wahlen der Studentenschaft zu stellen und jede Zwangsmaßnahme von Seiten des Präsidenten wie des Kultusministers abzunehmen (Der Antrag ist auf der Rückseite abgedruckt).

Wir sind der Auffassung, daß die Angriffe auf die Studentenschaft, nur ein Bestandteil der Versuche ist, die ganze Hochschule mit der Zerstörung ihrer relativen Autonomie zu knebeln. Denn gerade angesichts der Proteste der Hochschule gegen das HRG und HHG, gegen die Regelstudienzeiten, die Finanzaustrocknung, das Ordnungsrecht usw. scheint es für die Staatsorgane der einzige Weg, um ihre Maßnahmen durchzusetzen, die demokratischen Rechte und Freiheiten an der Hochschule einzuschränken.

So weiß auch der Kultusminister, daß er die Regelstudienzeiten überhaupt nur mittels Zwangsmaßnahmen verwirklichen kann. So erklärte er, in seinem letzten Schreiben:

"Aufgrund des Gesetzes bin ich gehalten, die Einfügung der Meldefristen in die Prüfungsordnung durchzusetzen. Wer der gesetzlichen Regelung nicht Folge leistet, muß sich darüber im Klaren sein, daß mit der Ersatzvornahme ein von mir bedauerter Eingriff in die Hochschulautonomie verbunden ist, der im Interesse ihrer Aufrechterhaltung vermieden werden sollte."

Also: von einer wirklichen Autonomie ist für ihn nicht die Rede - man soll nur noch dem zustimmen, was vorgeschrieben ist.

Dieser Weg der hier eingeschlagen werden soll, muß entschieden von allen Hochschulangehörigen zurückgewiesen werden!

Deshalb ist eine VERANSTALTUNG ZUR VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATISCHEN RECHTE UND FREIHEITEN AN DER HOCHSCHULE für das folgende Wintersemester geplant, zu der eine Initiative von Vertretern aller Hochschulangehörigen gebildet werden soll.

Gerade im Hinblick auf die Verhinderung von Zwangsmaßnahmen gegen StuPa, AStA und Fachschaften wie Geldersperrung, Einsetzen von staatlich organisierten Briefwahlen ist es notwendig, die Einheit der Hochschule zu organisieren. Eine Einheit, die gegen alle Spaltungsmanöver, wie z.B. durch den RCDS, der am Montag, den 9.7.79 im DE eine wütende Hetzkampagne loslies. Er diffamierte den AStA als "Prokommunistisch" - in blattester Weise nach Strauß-Muster "Freiheit statt Sozialismus".

Dagegen steht das Interesse nach der Verteidigung der Hochschulautonomie und des Rechts der Studenten sich unabhängig vom Staat für ihre Interessen zu organisieren. Wir begrüßen es von daher, daß in den Fachbereichen die neugewählten FS-Räte von allen Beteiligten als die vor den Studenten anerkannten Vertretungsorgane angesehen werden. Dies muß auch auf Hochschulebene für StuPa und den neu zuwählenden AStA durchgesetzt werden.

Wir fordern: Respekt vor dem Willen der Studenten, den sie durch die Wahlen ausdrückten!
Respekt vor der Unabhängigkeit der Interessensvertretung!
Keine Eingriffe in die Angelegenheiten der Studentenschaft und die Autonomie der Hochschule!

Deshalb rufen wir alle Professoren, Assistenten, Nichtwissenschaftliche Bedienstete und Studenten auf, sich dem Antrag des AstA anzuschließen indem sie ihn unterschreiben, und sich an der "INITIATIVE ZUR VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATISCHEN RECHTE UND FREIHEITEN AN DER HOCHSCHULE" zur Vorbereitung einer gemeinsamen Veranstaltung zu beteiligen.

Wir rufen insbesondere

- die an der Hochschule vertretenen Professoren, die sich alle in ihren Wahlprogrammen gegen den staatlichen Einfluß auf die Hochschule wandten,
- die GEW- und ÖTV-Gruppen,
- die Vereinigung von Assistenten und Nichtwissenschaftlichen Bediensteten
- alle Fachschaftsräte und Studenteninitiativen

auf zum gemeinsamen Treffen am

MONTAG, DEN 16.7.79 UM 17.00 UHR IM ASTA ZU KOMMEN. ^W

Antrag an den Konvent der THD

Der Konvent begrüßt, daß die Studentenschaft der THD sich nicht den Versuchen des Kultusministers gebeugt hat und stattdessen die Wahlen zu ihren Organen als Urnenwahl durchführte. Er wird die daraus hervorgegangenen Organe als die Vertretungsorgane der Studenten anerkennen. denn die Studenten haben durch ihre Wahlbeteiligung selbst deutlich gemacht, daß sie sich gegen eine weitere Unterordnung unter staatlicher Aufsicht wenden.

Der Konvent der THD spricht sich gegen alle Zwangsmaßnahmen gegen die Studentenschaft aus, denn jeder Angriff auf die Unabhängigkeit der Studentenschaft ist zugleich eine Maßnahme auf alle Hochschulangehörige und die relative Autonomie der Hochschule. Gerade angesichts der Maßnahmen gegen die Hochschule als gesellschaftliche Institution der Lehre und Forschung (z.B. durch Regelstudienzeiten und Meldefristen, Finanzkürzungen usw.) ist die Einheit der Hochschulangehörigen in der Verteidigung aller demokratischen Rechte und Freiheiten und die Unabhängigkeit vom Staat von entscheidender Bedeutung.

Deshalb ruft der Konvent den Präsidenten der THD auf, die Unabhängigkeit der Studentenschaft und ihre Wahlen zu respektieren und keinerlei Maßnahmen gegen die Organe der Studentenschaft zu ergreifen.

Ebenso ruft der Konvent den Kultusminister auf, keine Zwangsmaßnahmen zu ergreifen sowie die oktroyierte Wahlordnung des Konvents zurückzunehmen.

Ergänzungsantrag:

Die im Konvent vertretenen Professoren, Assistenten, Studenten und Nicht-wissenschaftliche Bedienstete unterstützen die Initiative für eine öffentliche Veranstaltung im Wintersemester unter dem Thema "Verteidigung aller demokratischen Rechte und Freiheiten an der Hochschule

- Garantie der relativen Autonomie der Hochschule
- Unabhängigkeit der Studentenschaft vom Staat - Koalitionsrecht
- Koalitionsrecht
- Rücknahme der Briefwahl als Regelwahl
- keine Einführung des Vermögensbeirates
- keine Politik der Zwangsverordnung durch das Kultusministerium".

Wir unterstützen eine solche Diskussionsveranstaltung, um gemeinsam unter allen Hochschulangehörigen über öffentliche Schritte zur Durchsetzung der oben genannten Forderungen zu diskutieren. Dies könnte z.B. eine Delegation von Vertretern der verschiedenen Gruppen an der Hochschule zum hessischen Kultusminister sein, die die Durchsetzung der Forderungen öffentlich verlangt.

Ebenso unterstützen wir die Initiativen einer Delegation zu Vertretern der Gewerkschaften, sowie zur SPD als politisch verantwortliche Partei, um von Ihnen die Unterstützung bzw. eine Stellungnahme zu den oben genannten Forderungen zu erreichen.

Antragsteller: Juso-Hochschulgruppe,

Es unterstützt den Antrag der AstA der THD